



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller,
Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 18/29336

**Bericht zu den Vorgängen bezüglich der strafrechtlichen Ermittlungen gegen
Mitglieder der Organisation "Letzte Generation" unter Federführung der Gene-
ralstaatsanwaltschaft München**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Im zweiten Absatz werden nach den Wörtern „wird daher aufgefordert, dem Landtag“ die Wörter „bzw. dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration mündlich und“ gestrichen.
2. Nach Nr. 10 werden folgende Nrn. 11 und 12 eingefügt:

„11. Wie ist die konkrete Zuständigkeitsregelung am Amtsgericht München – Ermittlungsrichter – und wurde diese beim Erlass des Durchsuchungsbeschlusses, der als Grundlage für die Durchsuchung vom 24.05.2023 diente, eingehalten?
12. Wie war der Werdegang der Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ)?“

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Tobias Reiß**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 102. Sitzung am 6. Juli 2023 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende